



Institut für
Gesellschaftspolitik

an der
Hochschule für Philosophie

Ökologie für den Menschen



Zu Ethik und Politik
in der Enzyklika *Laudato Si'*

»Eine ganzheitliche Ökologie ist auch aus einfachen alltäglichen Gesten gemacht, die die Logik der Gewalt, der Ausnutzung, des Egoismus durchbrechen.«

*Papst Franziskus
(LS 230)*

Umweltzerstörung und Klimawandel betreffen zuallererst die Ärmsten. Oft bedrohen sie ihre Lebensgrundlage. Deshalb beschränkt Papst Franziskus die Enzyklika *Laudato Si'* nicht auf Umweltfragen. Vielmehr macht er deutlich, dass soziale und ökologische Probleme untrennbar miteinander verbunden sind. Als ethischer Kompass stellt die Enzyklika eine ganzheitliche Ökologie als neues Paradigma für eine gerechte Entwicklung vor. Grundlage dafür ist die Orientierung am Weltgemeinwohl.

Politische Lösungen sind dem Papst zufolge über einen Dialog zu erreichen, der transparent und gleichberechtigt ist. Es geht ihm um ein neues Gespräch der Weltgemeinschaft als Menschen, die gelernt haben, dass sie nur gemeinsam in Verantwortung füreinander überleben können. Dabei geht es nicht nur um ein vermehrtes Wissen, strukturelle Reformen und Anpassungen in unserem Lebensstil, sondern vielmehr um ganzheitliche Bildung. Der Glaube, dass dies allein durch Markt und technische Lösungen zu erreichen sei, ist für Franziskus Ideologie.

In dieser Perspektive erforscht das Institut für Gesellschaftspolitik (IGP) seit vielen Jahren intensiv den Zusammenhang zwischen Umweltschutz, Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Drei zentrale Themen haben wir für Sie in diesem Dossier zusammengefasst. Wir laden Sie ein, mit uns darüber in Dialog zu treten.



Michael Schöpf SJ
(Leiter des Instituts für Gesellschaftspolitik)

Klimapolitik und Menschenrechte

Klimapolitik auf der Basis der Menschenrechte richtet sich nicht nur nach den Interessen der Industrieländer, sondern vor allem nach der Situation derer, die von den Folgen besonders betroffen sind. Im Fokus steht ein würdiges Leben für alle Menschen.

Klimapolitik und künftige Generationen

Klimapolitik kann sich nicht auf unsere heutige Generation beschränken. Sie kann nur auf einer Basis gemacht werden, die ein würdiges Leben für künftige Generationen garantiert. Dazu müssen diese so gut wie möglich mit ihren eigenen Interessen in Entscheidungsprozessen repräsentiert sein.

Klimapolitik und Schutz der Armen

Die Wirtschaft muss neu auf die Ziele der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Diese sollten auch die Ressourcennutzung bestimmen. Hier führen nur eine weltweite Perspektive und Partizipation zum Erfolg.

Klimapolitik braucht Menschenrechte als ethisch-politische Grundlage

Klimafolgen sind ein ethisches Problem

Der Klimawandel wird massive Folgen für viele Menschen weltweit haben. Bereits heute sind vielfältige Maßnahmen zur Anpassung an nicht mehr vermeidbare Klimafolgen notwendig. Dabei ist ethisch besonders problematisch, dass der Kohlendioxid-Ausstoß in den Industrieländern am höchsten war und ist, die Hauptopfer des Klimawandels aber in den ärmsten Ländern der Welt zu finden sind. Denn die Armen leben oft in Regionen, die von den Klimafolgen besonders betroffen sein werden – allen voran Afrika. Gleichzeitig fehlen diesen Menschen die Grundlagen, um Klimafolgen zu bewältigen: Dazu zählen finanzielle und technologische Kapazitäten, ein breiter Zugang zu sozialen Grunddiensten und umfassende Rechtssicherheit.

Menschenrechte als ethisch-politische Grundlage der Weltgemeinschaft

Menschenrechte zielen auf ein Zusammenleben der Weltgemeinschaft, in dem das Wohl aller Menschen berücksichtigt wird. Sie kommen allen Menschen gleichermaßen zu. Dabei stehen eine ethische, eine politische und eine rechtliche Funktion in einem Wechselverhältnis. Für die Bearbeitung globaler Probleme sind sie heute von zentraler Bedeutung.

Klimafolgen verletzen Menschenrechte

»Human rights law is relevant because climate change causes human rights violations.«

Mary Robinson
(frühere Hohen Kommissarin für Menschenrechte)

Klimafolgen gefährden den Schutz bzw. die Einhaltung der Menschenrechte. So sind etwa das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Art. 1) durch den Anstieg des Meeresspiegels und das Recht auf ausreichende Nahrung (Art. 11) durch klimabedingte Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktion

bedroht. Sehr häufig verletzen Klimafolgen die Rechte von Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Besonders gefährdet sind dabei Frauen und Kinder.

Politische Forderungen

1. Die anstehenden Verhandlungen zum Post-Kyoto-Abkommen sollten sich sowohl bei der Vermeidung von Klimafolgen (Emissionsreduktion) als auch der Ausgestaltung von Anpassungsmaßnahmen an den Menschenrechten als ethisch-politischem Rahmen orientieren.

2. Menschenrechte fordern eine Beteiligung aller Betroffenen an der Klimapolitik. Bislang ausgeschlossene oder weniger mächtige Länder müssen gestärkt werden, damit sie in den Verhandlungen den einflussreichen Ländern auf gleicher Augenhöhe begegnen können.
3. Politische Institutionen und Verfahren müssen die Einhaltung der gewährleisten und sie Konfliktfall durchsetzen. Dies erfordert im Bereich der Klimapolitik eine Reform der nationalen und internationalen Ordnung und den Aufbau starker Institutionen zur Umsetzung klimapolitischer Ziele.

Klimapolitik muss künftige Generationen heute einbeziehen

Verantwortung schließt künftige Generationen mit ein

Der Mensch ist das erste Mal in ein Zeitalter eingetreten, in dem er bewusst seine Umwelt über viele Generationen hinaus verändern kann. In diesen neuen ökologischen Rahmenbedingungen entsteht eine stärkere Verantwortung und eine Verpflichtung zur Nachhaltigkeit, oftmals mit dem Verweis auf die zukünftigen Generationen. Weil wir als heutige Generationen einen so großen Einfluss auf die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen haben, stellt sich die intergenerationelle Gerechtigkeit als drängender Imperativ für politisches Handeln heraus.

»Was Handlungschancen und faire Verfahren betrifft, so sollten die heutigen den zukünftigen Generationen gute Strukturen hinterlassen.«

*Michael Reder
(Global aber Gerecht, 2010: 69)*

Nachhaltigkeit ist wichtig, genügt aber nicht

In der Diskussion um intergenerationelle Gerechtigkeit wird der Fokus meist auf das Thema Nachhaltigkeit gerichtet. Doch auch wenn diese beiden Felder häufig Hand in Hand gehen, genannt sei z.B. nur das Thema Ressourcen-Ausbeutung, darf die Verantwortung für Lebensbedingungen künftiger Generationen nicht auf nachhaltiges Wirtschaften reduziert werden. Vielmehr muss die Perspektive auf langfristige Folgen und das Ermöglichen von Handlungschancen, unter anderem auch in den Sphären von Politik, Kultur und Gesellschaft erweitert werden.

Intergenerationelle Gerechtigkeit stellt Zukunft sicher

Die institutionelle Verankerung der Mitsprachemöglichkeit zukünftiger Generationen ist heute nicht gegeben. Sie sind als politischer Akteur nicht präsent. Dennoch betreffen sie unsere Handlungen in hohem Maß, gerade auf der Ebene

der nationalen und internationalen politischen Institutionen sowie der nationalen und internationalen Gerichtshöfe. Hier fehlen der politische Wille sowie angemessene institutionelle Lösungen, um unsere Verantwortung ihnen gegenüber auch umzusetzen.

Politische Forderungen

1. Eine Ombudsperson für zukünftige Generationen sollte auf nationaler und internationaler Ebene eingerichtet werden. Sie garantiert am besten eine unabhängige Repräsentation von vorhersehbaren Interessen. Dabei ist eine Beteiligung der Ombudspersonen an den Verhandlungen zur Klimapolitik unerlässlich.
2. Es sollte eine Klageberechtigung für zukünftige Generationen geschaffen werden, damit die Durchsetzung der Interessen gewährleistet werden kann. Die Ombudspersonen sollten als Anwälte zukünftiger Generationen eine entscheidende Rolle spielen.
3. Es sollte vorrangig eine globale Einigung auf die Anerkennung und den Umgang mit Klimaflüchtlingen gefunden werden. Die Rechtsansprüche derer, deren Lebensgrundlagen zuerst von den Folgen des Klimawandels zerstört werden, müssen aus Gerechtigkeitsgründen auf internationaler Ebene gesichert werden.

Klimapolitik muss zum vorrangigen Schutz der Armen beitragen

Umweltschutz und Armutsbekämpfung gehen Hand in Hand

Wir stehen einer Reihe politischer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen gegenüber, die weltweit gemeinsames Handeln erfordern. Gerade die Frage der globalen Armut stellt ein drängendes Problem dar. Dabei ist auch der Zusammenhang mit dem Umweltschutz offensichtlich: Gibt man den Ärmsten der Welt nicht die Möglichkeit, sich aus den ökonomischen Umständen, die zu ihrer Armut führen zu befreien, kann man von ihnen auch nicht verlangen, sich neben der Beschaffung des täglichen Brots noch um den Umweltschutz zu kümmern.

Scheitern einer einseitigen Entwicklungspolitik

Armutsbekämpfung war lange Zeit ein wesentliches Element der Entwicklungspolitik. Heute ist es jedoch zweifelhaft, ob das bisher vertretene Konzept der Entwicklung weiterhin adäquat ist, weil es nicht die notwendigen transformativen Schritte generiert. Die aktuelle Entwicklungspolitik steht seit Jahrzehnten zu eng

mit dem ökonomischen Modell eines expansiven Marktfundamentalismus in Verbindung, in dem Profit- und Konsumziele ganze Gruppen von Menschen ausschließen. Natur wird auf verwertbare Ressourcen reduziert. Dieser Entwicklungsbegriff wird dann selbst zu einer Ursache für viele globale Probleme und dabei auch für die globale Armut.

Weltgemeinwohl als Leitkonzept

»Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise.«

*Papst Franziskus
(LS 139)*

Der Begriff des Weltgemeinwohls folgt als alternatives Leitkonzept einem Menschenbild, das die Person nicht nur als Mitglied der sozialen Sphäre betrachtet, sondern auch als Teil und in Abhängigkeit von der Natur.

Hat globale Entwicklung dieses Menschenbild im Blick, fordert sie drei wichtige Aspekte: Inklusion,

Partizipation und Solidarität. Inklusion verweist darauf, dass jede Person über unveräußerliche Rechte verfügt und vollwertiges Mitglied der globalen Gemeinschaft ist. Partizipation umfasst die Teilnahme an sozialen Aktivitäten und die Möglichkeit, diese in politischer und ökonomischer ebenso wie in kultureller und ökologischer Hinsicht mitzugestalten. Solidarität schließlich verweist auf die Verantwortung für andere, selbst wenn dies beinhaltet, die eigenen Interessen einzuschränken oder aufzugeben.

Politische Forderungen

1. Alternative Formen des Wirtschaftens, die nicht auf Wettbewerb, sondern auf Kooperation und Teilhabemodelle ausgerichtet sind, müssen im Rahmen der Entwicklungspolitik gezielt unterstützt werden.
2. Industrieländer, die hohe CO₂-Emissionen pro Kopf ausstoßen, müssen die ökologischen Folgen ihres Handelns auf ein nachhaltiges Niveau senken und noch zusätzlichen Raum für die Entwicklung anderer Länder lassen, die nur sehr geringe Emissionen verursacht haben.
3. Die politische Regulierung von Rohstoffförderung und transnationalen Unternehmen, inklusive ihrer Besteuerung, muss international erfolgen und kann nicht alleine in der Unterstützung des privaten Wirtschaftssektors bestehen.

Institut für Gesellschaftspolitik
An der Hochschule für Philosophie

Kaulbachstraße 31a
80539 München

Telefon: +49 (0)89 2386-23 50

Fax: +49 (0)89 2386-23 52

E-Mail: igp@hfph.de

Deutsche Provinz der Jesuiten K.d.ö.R./

Institut für Gesellschaftspolitik:

LIGA-Bank München

Kto.-Nr. 217 36 03

BLZ 750 903 00

IBAN DE97 7509 0300 0002 1736 03

BIC GENODEF 1M05